Niederschrift

über die 23. Sitzung des Kreistages am 18. Dezember 2008

Anwesend:

Der Vorsitzende

Landrat Pusch, Stephan, Hückelhoven

Die Kreistagsmitglieder

Beckers, Franz-Josef, Wassenberg
Bonitz, Karin, Wegberg
Caron, Wilhelm Josef, Wassenberg
Dahlmanns, Erwin, Gangelt
Derichs, Ralf, Erkelenz
Düsterwald, Wilhelm, Hückelhoven
Eßer, Herbert Konrad, Heinsberg
van den Eynden, Franz, Gangelt
Gielen, Rosemarie, Gangelt
Dr. Hachen, Gerd, Erkelenz
Hansen, Bernd, Wegberg
Hecker, Hildegard, Hückelhoven
Hensen, Heinrich, Wassenberg
Dr. Herzberg, Hanshenning, Hückelhoven
Holländer, Heinz-Egon, Hückelhoven
Horst, Ulrich, Hückelhoven
Dr. Kehren, Hanno, Hückelhoven
Krekels, Gerhard, Selfkant
Laumanns, Erich, Erkelenz
Lausberg, Leonard, Heinsberg
Dr. Leonards-Schippers, Christiane,
Hückelhoven
Meurer, Maria, Erkelenz
Müller, Herbert, Wegberg
Offermanns, Manfred J., Übach-Palenberg
Paffen, Wilhelm, Heinsberg
Paulsen, Heinz-Jakob, Wegberg
Plein, Hans-Jürgen, Geilenkirchen
Przibylla, Siegfried, Erkelenz
Reyans, Norbert, Selfkant
Ringering, Marietta, Erkelenz
Rode, Friedhelm, Übach-Palenberg
Rütten, Wilhelm, Erkelenz
Schaaf, Edith, Erkelenz
Skottke, Wolfgang, Heinsberg
Schlömer, Klara, Wegberg
Schlößer, Harald, Erkelenz
Schmitz, Heinz-Willi, Hückelhoven
Schmitz, Josef, Waldfeucht
Schott, Frank, Geilenkirchen
Schreinemacher, Walter Leo, Heinsberg
Sonntag, Ullrich, Geilenkirchen

Spreitzer, Egon, Übach-Palenberg
Thelen, Friedhelm, Geilenkirchen
Tholen, Heinz-Theo, Waldfeucht
Tillmanns, Sofia, Geilenkirchen
Vergossen, Heinz Theo, Heinsberg
Dr. Wamper, Horst, Geilenkirchen
Wolter, Heinz-Jürgen, Hückelhoven

Es fehlen entschuldigt:

Fürkötter, Franz-Josef, Übach-Palenberg
Gudat, Helmut, Hückelhoven
Jüngling, Liane, Übach-Palenberg
Krings, Werner, Waldfeucht
Röhrich, Karl-Heinz, Übach-Palenberg
Dr. Thesling, Hans-Josef, Heinsberg

Von der Verwaltung

Kreisdirektor Deckers
Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Preuß
Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Schöpgens
Kreisverwaltungsdirektorin Machat
Kreisrechtsdirektor Nießen
Kreisverwaltungsdirektor Kremers
Kreisrechtsrat z. A. Schneider
Kreisamtsrat Lind
Pressesprecher Hollwitz

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr

Ende der Sitzung: 19.10 Uhr

Der Kreistag des Kreises Heinsberg versammelt sich heute im großen Sitzungssaal des Kreishauses in Heinsberg, um über folgende Punkte der Tagesordnung zu beraten und zu beschließen:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung:

1. Einführung und Verpflichtung einer neuen Kreistagsabgeordneten
2. Wahl von zwei Vertretern des Kreises Heinsberg in den Beirat der Niederrheinischen Versorgung und Verkehr AG (NVV)
3. Jahresrechnung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2007
4. Neufassung der Hauptsatzung
5. Erlass einer Rechnungsprüfungsordnung
6. Erlass einer Bürgschaftsregelung
7. Kommunale Pflegeplanung, Teil I – Quantitative Betrachtung des Pflegemarktes -
8. Erstellung eines kreisweiten Schulentwicklungsplanes
9. Veräußerung des Anteils des Kreises Heinsberg an der Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen (LEG)
10. Änderung der Beteiligung des Kreises Heinsberg an der Vogelsang ip gGmbH
11. Anträge der UB-Kreistagsfraktion sowie der SPD-Kreistagsfraktion betr. Ehrenamtspass für den Kreis Heinsberg
12. Fraktionen übergreifender Antrag zur Initiierung einer politischen Bildungsoffensive gegen extreme Parteien
 - Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion betr. NPD-Aufmarsch am 04.10.2008 in Wegberg
 - Anfrage der UB-Kreistagsfraktion betr. „EuRegionale 2008“
 - Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion betr. „Verzinsung“ der Gewährträgerhaftung des Kreises Heinsberg für die Kreissparkasse Heinsberg
 - Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion betr. „Auffahrt B 56n/L 228“

Nichtöffentliche Sitzung:

13. Vergabe eines Auftrages zur Erstellung eines kreisweiten Schulentwicklungsplanes
14. Verträge mit an der Kreismusikschule freiberuflich tätigen Lehrkräften
15. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Veräußerung einer kreiseigenen Liegenschaft in Geilenkirchen, Am Weinberg
16. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Veräußerung einer kreiseigenen Liegenschaft in Geilenkirchen, Vogteistraße

Vor Eintritt in die Beratung weist Landrat Pusch auf die vorliegende Tagesordnung hin.

Nach Versand der Sitzungsunterlagen hatte sich die Notwendigkeit ergeben, die Tagesordnung um den Punkt „Änderung der Beteiligung des Kreises Heinsberg an der Vogelsang ip gGmbH“ zu erweitern. Die erforderlich werdenden Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Vogelsang ip gGmbH würden die Aufnahme der Deutschsprachigen Gesellschaft Belgiens und den Übergang der Gesellschafteranteile von Stadt Aachen und Kreis Aachen auf die Städteregion Aachen betreffen. Hierzu bedürfe es eines formellen Kreistagsbeschlusses. In diesem Zusammenhang weist Landrat Pusch auf die als Tischvorlage bereit liegenden Erläuterungen hin. Dieser Punkt soll als Tagesordnungspunkt 10 in die Tagesordnung aufgenommen werden. Alle weiteren Punkte würden sich verschieben. Die Kreistagsabgeordneten erklären sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Des Weiteren macht er auf die ebenfalls als Tischvorlagen vorliegende Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion betr. Auffahrt B56n/L 228 sowie auf die in der Zwischenzeit eingereichte Begründung zum Fraktionen übergreifenden Antrag zur Initiierung einer politischen Bildungsoffensive gegen extreme Parteien aufmerksam.

Außerdem weist Landrat Pusch auf den mit Schreiben vom 12.12.2008 allen Kreistagsabgeordneten zugesandten Antrag der SPD-Kreistagsfraktion betr. Ehrenamtspass für den Kreis Heinsberg hin, der unter Tagesordnungspunkt 11 zusammen mit dem zur gleichen Thematik vorliegenden Antrag der UB-Kreistagsfraktion behandelt werde.

Sodann stellt er die Tagesordnung in der ergänzten Fassung, die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Änderungen sind in der vorstehenden Tagesordnung bereits berücksichtigt.

Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 1:

Einführung und Verpflichtung einer neuen Kreistagsabgeordneten

Landrat Pusch teilt mit, dass der Kreistagsabgeordnete Matthias Schiffer mit Schreiben vom 03.11.2008 sein Kreistagsmandat aus beruflichen Gründen niedergelegt habe. Die auf der Reserveliste der CDU stehende Rosemarie Gielen, Gangelt, habe die Wahl angenommen und sei gem. § 45 Abs. 2 KWahlG als Nachfolgerin festgestellt worden. Sie gehöre dem Kreistag seit dem 01.12.2008 an.

Landrat Pusch heißt Frau Gielen besonders willkommen, da sie heute erstmals an einer Sitzung des Kreistages teilnimmt. Auf eine Verpflichtung zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben könne an dieser Stelle verzichtet werden, da Frau Gielen bereits im Rahmen ihrer Tätigkeit als sachkundige Bürgerin verpflichtet worden sei.

Landrat Pusch wünscht Frau Gielen eine erfolgreiche Arbeit in diesem Gremium bzw. in den Ausschüssen, in denen Sie tätig werde, verbunden mit der Hoffnung auf eine gute und harmonische Zusammenarbeit.

Tagesordnungspunkt 2:

Wahl von zwei Vertretern des Kreises Heinsberg in den Beirat der Niederrheinischen Versorgung und Verkehr AG (NVV)

Am 27.06.2008 wurde nach vorheriger Beratung und Beschlussfassung über die Neustrukturierung der Zusammenarbeit zwischen der WestEnergie und Verkehr GmbH (west) und der Niederrheinischen Versorgung und Verkehr AG (NVV) u. a. im Kreistag des Kreises Heinsberg und in den Räten der zehn kreisangehörigen Städte und Gemeinden der Pachtvertrag über die Verpachtung der Versorgungssparte Strom, Gas und Wärme von der west an die NVV abgeschlossen. Auf die seinerzeitigen Sitzungsunterlagen wird ergänzend verwiesen. Mit Abschluss des Pachtvertrages ist das operative Geschäft in den Feldern Strom, Gas und Wärme von der west auf die NVV übergegangen. Der Einfluss der west und der Gremien der west in diesen Geschäftsfeldern ist hierdurch erheblich gesunken.

Die NVV hat jedoch zur Kompensation für den gesunkenen Einfluss inzwischen im Wege der Erweiterung des Beirates der NVV um zwei Sitze die gesellschaftsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen, dass künftig zwei Vertreter des Kreises Heinsberg in diesem Gremium mitwirken können. Die Wahl, die durch den Kreistag zu erfolgen hat, soll zunächst bis zum Ende der derzeit laufenden Amtsperiode des Beirates, die mit Ablauf der Hauptversammlung endet, die über den Jahresabschluss 2009 der NVV beschließt (voraussichtlich im Juni 2010), erfolgen.

Für die Wahl durch den Kreistag ist § 26 (5) der Kreisordnung zu beachten. Hier ist geregelt, dass der Landrat oder ein von ihm vorgeschlagener Bediensteter des Kreises zu den Benannten zählen muss, wenn mehr als ein Vertreter des Kreises zu benennen ist.

Nach Beratung in seiner Sitzung empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag einstimmig bei einer Enthaltung, als Vertreter des Kreises Heinsberg im Beirat der NVV Herrn Landrat Pusch und Herrn Kreistagsabgeordneten Reyans zu benennen.

Der Kreistag folgt der Empfehlung durch einstimmige Beschlussfassung bei fünf Enthaltungen.

Tagesordnungspunkt 3:

Jahresrechnung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2007

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 13.03.2008 die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat die Jahresrechnung gemäß § 101 GO in Verbindung mit § 53 KrO am 18.11.2008 geprüft. Er stellt in Übereinstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt fest, dass

1. der Haushaltsplan eingehalten ist,
2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,
3. bei den Einnahmen und Ausgaben nach den geltenden Vorschriften verfahren ist und
4. die Vorschriften über Verwaltung und Nachweis des Vermögens und der Schulden eingehalten sind.

Die Jahresrechnung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2007 schließt mit folgenden Gesamtbeträgen ab:

Feststellung des Ergebnisses des Haushaltsjahres 2007

Haushaltsrechnung - Haushaltsjahr 2007 -	Verwaltungshaushalt Euro	Vermögenshaushalt Euro
<u>Soll-Einnahmen</u>	213.025.295,77	11.700.067,87
+ Neue Haushaltseinnahmereste	0,00	5.892.874,40
./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0,00	4.295.659,53
./. Abgang alter Kasseneinnahmereste	306.362,03	0,00
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	212.718.933,74	13.297.282,74
<u>Soll-Ausgaben</u>	211.781.658,14	10.164.748,81
+ Neue Haushaltsausgabereste	1.019.160,10	3.552.114,93
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste	81.884,50	419.581,00
./. Abgang alter Kassenausgabereste	0,00	0,00
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	<u>212.718.933,74</u>	<u>13.297.282,74</u>
Fehlbetrag	0,00	0,00

...

nachrichtlich:

In Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt enthaltener Überschuss nach § 41 Abs. 3 Satz 2 GemHVO	0,00 €
Höhe der Zuführung zum Vermögenshaushalt (HHSt. 912.30000)	3.312.377,81 €
davon	
Mindestzuführung in Höhe der Kredittilgung	2.099.310,39 €

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses schlägt der Kreisausschuss dem Kreistag einstimmig vor, gemäß § 94 GO -in der bis zum 31.12.2004 geltenden Fassung- in Verbindung mit § 9 NKF Einführungsgesetz NRW und § 53 KrO über die geprüfte Jahresrechnung 2007 zu beschließen und zugleich dem Landrat Entlastung ohne Einschränkung zu erteilen.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Kreistagsabgeordneter Dr. Herzberg, berichtet über die vorgenommene Prüfung der Jahresrechnung. Seine Ausführungen sind der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Sodann folgt der Kreistag den Empfehlungen des Rechnungsprüfungsausschusses und des Kreisausschusses durch einstimmige Beschlussfassung.

Landrat Pusch dankt allen Mitgliedern des Kreistages für die erteilte Entlastung sowie dem Rechnungsprüfungsausschuss, der in Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt diesen Beschluss vorbereitet hat.

Die Beratung und Beschlussfassung erfolgt unter Vorsitz des 1. stellv. Landrats Paffen. Landrat Pusch hat an der Beratung und Beschlussfassung nicht mitgewirkt.

Tagesordnungspunkt 4:

Neufassung der Hauptsatzung

Nach § 5 Abs. 3 KrO NRW hat jeder Kreis eine Hauptsatzung zu erlassen. In ihr ist mindestens zu ordnen, was nach den Vorschriften dieses Gesetzes der Hauptsatzung vorbehalten ist. Die Hauptsatzung und ihre Änderung kann der Kreistag nur mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder beschließen.

Im Zuge der Novellierung der Kommunalverfassung wurden verschiedene Vorschriften der Kreisordnung neu gefasst bzw. geändert, die auch eine zwingende Änderung der Hauptsatzung erforderlich machen.

Wie bereits in der Kreisausschusssitzung am 30.10.2007 ausgeführt, wurden im Rahmen der am 17.10.2007 in Kraft getretenen Änderung der Kreisordnung u. a. die personalrechtlichen Befugnisse des Landrates erweitert. Die bisherigen Regelungen in der Hauptsatzung des Kreises bedürfen einer Anpassung an das neue Recht, da sie im Widerspruch zur Neuregelung des § 49 Abs. 1 KrO NRW n. F. stehen. Die Neufassung des § 49 KrO NRW sieht eine grundsätzliche Zuständigkeit des Landrates für alle dienst- und arbeitsrechtlichen Entscheidungen vor.

Die Hauptsatzung kann jedoch entsprechend der in Rede stehenden Neufassung bestimmen, dass für Bedienstete in Führungsfunktionen Entscheidungen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis oder das Arbeitsverhältnis eines Bediensteten zum Kreis verändern, durch den Kreistag oder den Kreisausschuss im Einvernehmen mit dem Landrat zu treffen sind, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist (§ 49 Abs. 1 Satz 3 KrO NRW n. F.)

In § 15 der Neufassung der Hauptsatzung wird ein entsprechender Regelungsvorschlag unterbreitet.

Wie bereits eingangs erwähnt, sind aufgrund der Novellierung des Kommunalverfassungsrechts weitere, über das vorstehende Änderungserfordernis hinausgehende Neuregelungen in der Hauptsatzung zu treffen.

Der Kreis Heinsberg hat sich bei bisherigen Hauptsatzungsänderungen – insbesondere bei vorausgegangenen Änderungen der Kreisordnung – stets an der vom Landkreistag NRW herausgegebenen Musterhauptsatzung orientiert. Nach Eingang der Musterhauptsatzung im vergangenen Oktober hat die Verwaltung die allen Kreistagsabgeordneten im Entwurf vorliegende Neufassung der Hauptsatzung erarbeitet, die die neuen gesetzlichen Vorgaben sowie die Regelungsvorschläge der Musterhauptsatzung des Landkreistages berücksichtigt. Die vorgesehenen Änderungen sind in der allen Kreistagsabgeordneten mit der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2008 zugesandten Synopse entsprechend dargestellt. Aufgrund des Umfangs der beabsichtigten Änderungen erachtet die Verwaltung eine Neufassung der Hauptsatzung als sinnvoll.

In Bezug auf die Beschlussfassung ist zu erwähnen, dass für den Fall, dass Hauptsatzungsregelungen gem. § 49 Abs. 1 KrO NRW getroffen werden (personalrechtliche Befugnisse des Landrats; in § 15 der Neufassung vorgesehen) der Landrat kein Stimmrecht hat. Die Abstimmung über diese Hauptsatzungsregelung ist deshalb in einem getrennten Verfahren von den Abstimmungen über die anderen Hauptsatzungsregelungen durchzuführen.

Um Irritationen zu vermeiden, hat die SPD-Kreistagsfraktion in der Sitzung des Kreisausschusses vorgeschlagen, in den Absätzen 3 und 5 des § 9 des Hauptsatzungsentwurfes (Entschädigung für Kreistagsmitglieder, sachkundige Bürger/innen und sachkundige Einwohner/innen) eine klarstellende Formulierung in Bezug auf die Zahlung von Sitzungsgeld sowie die Fahrkostenerstattung und Wegstreckenentschädigung für die Kreistagsmitglieder aufzunehmen, da diese gem. § 9 Abs. 1 des Satzungsentwurfs eine pauschale monatliche Aufwandsentschädigung erhalten.

Der Kreisausschuss sieht aufgrund dessen von einer Beschlussempfehlung an den Kreistag ab und beauftragt die Verwaltung, den § 9 Abs. 3 und 5 entsprechend zu modifizieren.

Aufgrund der Anregung der SPD-Kreistagsfraktion schlägt die Verwaltung dem Kreistag vor, die im Entwurf vorliegende Hauptsatzung unter Berücksichtigung der nachstehenden geänderten Fassung der Abs. 3 und 5 des § 9 zu beschließen:

- (3) Ein Sitzungsgeld für die Teilnahme an Fraktionssitzungen wird für sachkundige Bürger/innen und Einwohner/innen für höchstens 15 Sitzungen pro Kalenderjahr gewährt. Fraktionssitzungen sind auch Sitzungen von Teilen einer Fraktion (Fraktionsvorstand, Fraktionsarbeitskreise), zu denen von der Fraktionsführung eingeladen wurde.
- (5) Den Mitgliedern des Kreistages und der Ausschüsse werden die Fahrkosten, die ihnen durch Fahrten von der Wohnung zum Sitzungsort und zurück entstehen, erstattet. Entsprechendes gilt für Fahrkosten, die aus Anlass der Repräsentation auf Veranlassung des Landrates oder des Kreistages entstehen. Bei Benutzung eines Kraftfahrzeuges wird eine Wegstreckenentschädigung in Höhe des in der Entschädigungsverordnung genannten Betrages gezahlt. Abs. 3 gilt für die Fahrkostenerstattung und Wegstreckenentschädigung für sachkundige Bürger/innen und Einwohner/innen entsprechend. Fahrkostenerstattung und Wegstreckenentschädigung für Kreistagsmitglieder werden für höchstens 20 Fraktionssitzungen pro Kalenderjahr gewährt.

Der Kreistag folgt dem Vorschlag der Verwaltung und beschließt einstimmig den Erlass der Hauptsatzung in der modifizierten Fassung.

Bei der Beschlussfassung über § 15 (2) (= personalrechtliche Befugnisse des Landrats) des Hauptsatzungsentwurfs hat Landrat Pusch nicht mitgewirkt.

Eine Ausfertigung der Hauptsatzung ist der Originalniederschrift als Anlage beigefügt.

Tagesordnungspunkt 5:

Erlass einer Rechnungsprüfungsordnung

Ziel der Rechnungsprüfungsordnung ist es, eine verbindliche Regelung über die Aufgabenwahrnehmung durch das Rechnungsprüfungsamt insbesondere auch im Verhältnis zur Gesamtverwaltung zu treffen.

Der Landtag des Landes NRW hat am 16.11.2004 das Gesetz zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden im Land NRW (NKF Einführungsgesetz NRW) beschlossen. Für die Rechnungsprüfung sind mit diesem Gesetz Veränderungen eingetreten, die klare Aussagen zu den Aufgaben und den verfahrensmäßigen Abläufen sowohl innerhalb der Rechnungsprüfung als auch im Verhältnis der Rechnungsprüfung zur Verwaltung erforderlich machen. Die Rechnungsprüfungsordnung soll daher ab dem 01.01.2009 mit der Einführung von NKF beim Kreis Heinsberg gelten. Alle bisherigen vom Kreistag in diesem Zusammenhang gefassten Beschlüsse treten damit außer Kraft. Zuständig für den Erlass der Rechnungsprüfungsordnung ist der Kreistag.

Die allen Kreistagsabgeordneten im Entwurf vorliegende Rechnungsprüfungsordnung für den Kreis Heinsberg, die der Originalniederschrift als Anlage beigelegt ist, basiert auf der Grundlage einer von der Vereinigung der Örtlichen Rechnungsprüfungen in Nordrhein-Westfalen e. V. (VERPA e.V.) erstellten Muster-Rechnungsprüfungsordnung.

Auf Vorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag einstimmig, den Erlass der im Entwurf vorliegenden Rechnungsprüfungsordnung zum 01.01.2009 zu beschließen.

Der Kreistag folgt der Empfehlung durch einstimmige Beschlussfassung.

Tagesordnungspunkt 6:

Erlass einer Bürgschaftsregelung

Der Kreis Heinsberg ist an Unternehmen beteiligt, die Aufgaben der Daseinsvorsorge wahrnehmen. Als Beispiel wird auf die Kreiswasserwerk GmbH o. ä. Unternehmen verwiesen. Im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit war es in der Vergangenheit notwendig, zur Finanzierung von Investitionen Fremdkapital in Anspruch zu nehmen. Der Kreis Heinsberg hat in Einzelfällen Bürgschaften für Darlehen übernommen, um den Unternehmen die günstigeren Kommunalkreditkonditionen zu sichern.

In Einzelfällen wurden auch Bürgschaften für Kredite übernommen um die Liquidität von Unternehmen, an denen der Kreis Heinsberg beteiligt ist, zu sichern.

Die Europäische Kommission hat das Verfahren der Beihilfen in einer Verordnung zum 1. Juli 2007 neu geregelt (De-minimis-Verordnung). Hiernach gibt es zukünftig zwei Arten von Beihilfen:

1. ad-hoc-Bürgschaften

Diese Beihilfen gelten als Einzelbeihilfen im Sinne der Verordnung als intransparent und sind entsprechend bei der Kommission zu notifizieren. Diese Notifizierung ist mit einem langwierigen und aufwändigen Verfahren verbunden.

2. Einzelbürgschaften auf der Grundlage einer Bürgschaftsregelung

Damit eine Bürgschaft in den Anwendungsbereich der De-minimis-Verordnung gelangt, ist es erforderlich, dass ihr eine so genannte Bürgschaftsregelung zugrunde liegt. Die Kommission will mit dieser „Bürgschaftsregelung“ sicherstellen, dass sich die Gebietskörperschaft vor der Bürgschaftsgewährung einer Regelung unterwirft, die an den Vorgaben der Verordnung ausgerichtet ist.

Die kommunalen Spitzenverbände haben eine Musterregelung, die die materiellen Vorgaben der EU-Verordnung umsetzt, erarbeitet. Diese wurde als Muster für die allen Kreistagsabgeordneten mit der Einladung des Kreisausschusses am 11.12.2008 zugesandte Regelung des Kreises herangezogen.

Die hierin enthaltene Ermächtigung, auf die Kosten und die Provision im Einzelfall zu verzichten, wurde für den Fall vorgesehen, dass Bürgschaften für Maßnahmen übernommen werden, deren Ausführung im dringenden öffentlichen Interesse liegt. Hier sei als Beispiel auf das in der letzten Besprechung des Landrates mit den Fraktionsvorsitzenden der im Kreistag vertretenen Parteien angesprochene Vorhaben im Industriepark Oberbruch in Heinsberg hingewiesen. Diese Maßnahme könnte im Übrigen im Jahre 2009 die erste sein, auf die die hier vorgeschlagene Bürgschaftsregelung Anwendung findet.

...

Nach Beratung in seiner Sitzung empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag einstimmig, die Bürgschaftsregelung zu beschließen.

Der Kreistag folgt der Empfehlung des Kreisausschusses durch einstimmigen Beschluss.

Eine Ausfertigung der Bürgschaftsregelung des Kreises ist der Originalniederschrift als Anlage beigelegt.

Tagesordnungspunkt 7:

Kommunale Pflegeplanung, Teil I - Quantitative Betrachtung des Pflegemarktes -

Nach § 6 Pflegegesetz NRW haben die Kreise und kreisfreien Städte eine kommunale Pflegeplanung zu erstellen. Diese Planung dient

1. der Bestandsaufnahme über das vorhandene Angebot an Pflegediensten und Pflegeeinrichtungen,
2. der Überprüfung, ob über den Pflegemarkt ein qualitativ und quantitativ ausreichendes sowie wirtschaftliches Hilfsangebot für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen zur Verfügung gestellt wird und gem. § 11 Abs. 2 SGB XI die Vielfalt der Träger von Pflegeeinrichtungen gewahrt und deren Selbständigkeit, Selbstverständnis und Unabhängigkeit beachtet werden und
3. der Klärung der Frage, ob und ggf. welche Maßnahmen von Kreisen und kreisfreien Städten zur Sicherung und Weiterentwicklung des Hilfsangebotes ergriffen werden müssen, sowie
4. der Förderung der Beteiligung von bürgerschaftlichem Engagement im Zusammenhang von Pflege und Betreuung zur Sicherstellung der sozialen Teilhabe Pflegebedürftiger.

Darüber hinaus soll die kommunale Pflegeplanung Angebote der komplementären Hilfen, neue Wohn- und Pflegeformen aufzeigen und bei der Weiterentwicklung der örtlichen Infrastruktur einbeziehen.

Die Kreise und kreisfreien Städte haben zu Vorstehendem und bei der Aufstellung der kommunalen Pflegeplanung die kreisangehörigen Kommunen und die kommunale Pflegekonferenz zu beteiligen.

Der Kreis Heinsberg hat seit In-Kraft-Treten des neuen Pflegegesetzes NRW zum 01.08.2003 eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, um den in § 6 des Landespflegegesetzes normierten Auftrag zur Erstellung der kommunalen Pflegeplanung zu erfüllen.

Am 17.09.2004 wurde der Pflegekonferenz die Pflegemarktbeobachtung vorgestellt, die erste Ansätze und Perspektiven zum Versorgungsangebot im Kreis Heinsberg darlegte. In der Pflegekonferenz am 14.09.2005 wurde diese Pflegemarktbeobachtung fortgeschrieben und eine Prognose für die Zeit bis zum Jahre 2020 vorgenommen. Gleichzeitig wurde die Projektgruppe „Bildung und Region“ in Bonn mit der Ermittlung von Basisdaten zur demographischen Entwicklung der Bevölkerung in den Städten und Gemeinden des Kreises

beauftragt. Diese Daten wurden dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales in der Sitzung am 23.10.2006 präsentiert. Auf der Grundlage dieser Basisdaten und der Ergebnisse der Pflegestatistik vom 15.12.2005 des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW wurde Herr Dipl.-Sozialgerontologe und Dipl.-Sozialpädagoge Volkhard Dörr mit der kommunalen Pflegeplanung des Kreises Heinsberg beauftragt. In der Pflegekonferenz am 17.10.2007 wurden die ersten Ergebnisse der kommunalen Pflegeplanung vorgestellt.

Hiernach konnte festgehalten werden, dass

- die Eigendynamik des Pflegemarktes derzeit ausreichend hoch ist, um die infrastrukturelle Versorgung im Bereich der professionellen ambulanten Pflege auf einem sehr hohen Niveau der Versorgungsdichte sicherzustellen,
- das Pflegeplatzangebot in der stationären Pflege voraussichtlich bis 2009 die Nachfrage übersteigt und
- die nachgewiesene Auslastung sowie der Import-Überschuss im Bereich der stationären Pflege zudem eine zusätzliche Sicherheitsreserve darstellt.

Durch diese Ergebnisse konnte dargestellt werden, dass derzeit kein akuter Handlungsbedarf in Bezug auf die ambulanten und stationären Angebote besteht.

Die umfangreichen Arbeiten zur kommunalen Pflegeplanung wurden durch die Arbeitsgruppe „Älter werden im Kreis Heinsberg“, die in der gemeinsamen Gesundheits- und Pflegekonferenz im Kreis Heinsberg am 30.11.2005 gegründet wurde, begleitet. Aufgabe der Arbeitsgruppe war es, sich um die Problematik der demographischen Entwicklung und ihren Auswirkungen in den nächsten Jahren zu beschäftigen. Der Arbeitsgruppe gehörten Vertreter des Gesundheitsamtes, des Amtes für Soziales und Senioren, der AG der Senioreninitiativen, der AG der freien Wohlfahrtspflege, Vertreter der stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen im Kreis Heinsberg sowie Herr Dörr als kommunaler Pflegeplaner an.

Die Arbeitsgruppe hat Handlungsempfehlungen zur Gesundheitsförderung sowie zur gesundheitlichen und sozialen Sicherung der älter werdenden Bevölkerung im Kreis Heinsberg („Älter werden im Kreis Heinsberg“) entwickelt, die mit der kommunalen Pflegeplanung zusammengefasst worden sind. Alle Beteiligten sind von Anfang an einvernehmlich davon ausgegangen, dass kommunale Pflegeplanung sich nicht nur mit der ambulanten und stationären Versorgung der älter werdenden Bevölkerung zu beschäftigen hat, sondern dass die Verzahnung von bürgerlichem Engagement und Aspekten der Versorgung, die aktive Beteiligung der Älteren am sozialen Netzwerk und das solidarische Zusammenwirken zwischen Jung und Alt wesentliche Bestandteile von kommunaler Pflegeplanung sein sollten.

Als nächster Schritt steht nunmehr der Eintritt in die quantitative Betrachtung des Pflegemarktes an. Mit den Arbeiten wurde bereits begonnen. Dabei stehen die Verbindung von kommunaler Pflegeplanung und Altenhilfe sowie die Gestaltung von Lebensqualität bis ins Alter durch quartiersbezogene Angebote und Wohnkonzepte im Vordergrund. Die Arbeitsgruppe „Älter werden im Kreis Heinsberg“ wurde umstrukturiert und durch Vertreter der Städte und Gemeinden (Sozial- und Planungsbereiche) und des Selbsthilfe- und Freiwilligenzentrums (SFZ) ergänzt.

Mit der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 12.11.2008 wurde allen Kreistagsabgeordneten ein Exemplar des I. Teiles zur kommunalen Pflegeplanung übersandt. In der Pflegekonferenz am 15.10.2008 erfolgte eine Aussprache mit einer einstimmigen Empfehlung, diesen ersten Teil der kommunalen Pflegeplanung den politischen Gremien des Kreises zur Beschlussfassung vorzulegen.

Auf Vorschlag des Ausschusses für Gesundheit und Soziales empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag einstimmig, die kommunale Pflegeplanung, Teil I - Quantitative Betrachtung des Pflegemarktes - zu beschließen.

Der Kreistag folgt der Empfehlung durch einstimmige Beschlussfassung.

Tagesordnungspunkt 8:

Erstellung eines kreisweiten Schulentwicklungsplanes

Der Kreis Heinsberg und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sind als Schulträger nach dem Schulgesetz NRW verpflichtet, „zur Sicherung eines gleichmäßigen und alle Schulformen und Schularten umfassenden Bildungs- und Abschlussangebotes in allen Landesteilen für ihre Bereiche eine mit den Planungen benachbarter Schulträger abgestimmte Schulentwicklungsplanung zu betreiben. Die Schulentwicklungsplanung berücksichtigt:

1. das gegenwärtige und zukünftige Schulangebot nach Schulformen, Schularten, Schulgrößen (Schülerzahl, Klassen pro Jahrgang) und Schulstandorten,
2. die mittelfristige Entwicklung des Schüleraufkommens, das ermittelte Schulwahlverhalten der Eltern und die daraus abzuleitenden Schülerzahlen nach Schulformen, Schularten und Jahrgangsstufen,
3. die mittelfristige Entwicklung des Schulraumbestands nach Schulformen, Schularten und Schulstandorten.“

Soweit die Voraussetzungen für die Errichtung und Fortführung von Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen nur durch Schülerinnen und Schüler mehrerer Gemeinden gesichert werden können, besteht nach den schulrechtlichen Bestimmungen eine Verpflichtung zu einer gemeinsamen Schulentwicklungsplanung.

Neben dem demographischen Wandel, der zunehmend alle Schulträger vor die Herausforderung stellen wird, auch bei einem Rückgang der Schülerzahlen ein möglichst umfassendes und wohnortnahes Schulangebot zu gewährleisten, haben sich in den letzten Jahren durch eine Reihe von Rechtsänderungen die maßgeblichen Rahmenbedingungen im Schulwesen sehr stark verändert. Hinsichtlich der erfolgten Rechtsänderungen seien beispielhaft erwähnt die Aufhebung der Schulbezirke für Grundschulen und Berufsschulen und dem damit einhergehenden Auswahlrecht der Eltern, das schrittweise Vorziehen des Einschulungsalters, die Schulzeitverkürzung im Gymnasium nach dem Modell 9+3, der anhaltende Ausbau von Halbtagschulen zu Ganztagschulen, die Möglichkeiten zur Bildung von Verbundschulen und zum Führen von Schulen mit Teilstandorten, die verbindlicheren Grundschulempfehlungen und weiteres mehr. Mit Blick auf die vielfältigen Veränderungen und Entwicklungen kommt der Schulentwicklungsplanung als Grundlage für die von den einzelnen Schulträgern zu treffenden schulorganisatorischen Entscheidungen eine wachsende und besondere Bedeutung zu.

Dabei kann aus Sicht der Verwaltung eine kleinräumliche, örtliche Schulentwicklungsplanung, die lediglich einem bloßen Abstimmungsprozess mit den benachbarten Schulträgern unterliegt, aufgrund der starken Verflechtungen der Schulen untereinander nur noch bedingt auf die sich stellenden Herausforderungen adäquat eingehen.

Mit der Erstellung eines gemeinsamen kreisweiten Schulentwicklungsplanes wird die Erwartung verbunden, dass im Rahmen eines engen Abstimmungsprozesses zwischen allen Trägern öffentlicher Schulen im Kreisgebiet möglichst optimale und wirtschaftlich sinnvolle Lösungen gefunden werden, um auch künftig ein gut ausgebautes und wohnortnahes Schulangebot sicherstellen zu können. An dieser Stelle sei erwähnt, dass die Erstellung einer kreisweiten Schulentwicklungsplanung auch als Handlungsansatz in dem vom Kreistag am 12.06.2007 beschlossenen Leitbild für den Kreis Heinsberg als Grundlage für eine strategische Regionalpolitik aufgenommen worden ist. Ein solches Vorhaben wird ebenso von der Unteren Schulaufsicht und zumindest für den Bereich der Förderschulen auch von der Oberen Schulaufsicht für sinnvoll gehalten. Einigen kreisangehörigen Kommunen wurde darüber hinaus von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW ausdrücklich empfohlen, eine überörtliche Schulentwicklungsplanung zu initiieren. Mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden besteht Einigkeit darüber, dass von Seiten des Kreises die Erstellung eines kreisweiten Schulentwicklungsplanes in Auftrag gegeben werden sollte. Eine endgültige Zustimmung der Gemeinde Waldfeucht steht allerdings noch aus.

Auf Vorschlag des Schulausschusses empfiehlt der Kreisausschuss nach Beratung in seiner Sitzung dem Kreistag einstimmig, einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Landrat Pusch führt aus, dass der Kreisausschuss sich in der vergangenen Woche bekanntlich einstimmig für eine Umwandlung des Kreisgymnasiums zu einer Ganztagschule zum 01.08.2010 ausgesprochen habe. Dabei sei auf die Konkurrenzsituation zum Antrag des Cornelius-Burgh-Gymnasiums in Erkelenz hingewiesen worden. Nach einem am heutigen Nachmittag mit Herrn Ministerialrat Dr. Reichel vom Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW geführten Telefonat sei davon auszugehen, dass sowohl das Kreisgymnasium als auch das Cornelius-Burgh-Gymnasium Erkelenz für das Jahr 2010 die Genehmigung des Landes zur Umwandlung zu einem Ganztagsgymnasium erhalten. Eine entsprechende Unterrichtung der Schulträger solle in den nächsten Tagen durch die Bezirksregierung erfolgen.

Der Kreistag nimmt die Ausführungen des Landrats zur Kenntnis und folgt sodann einstimmig der Empfehlung des Kreisausschusses zur Erstellung eines kreisweiten Schulentwicklungsplanes.

Tagesordnungspunkt 9:

Veräußerung des Anteils des Kreises Heinsberg an der Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen (LEG)

Der Kreis Heinsberg ist mit einem Stammkapitalanteil von 0,0017 % = 2.556,46 € (früher 5.000 DM) an der Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH (LEG) beteiligt. Auch zahlreiche andere Gebietskörperschaften sind über solche Minimalbeteiligungen Mitgesellschafter der LEG.

Mit wirtschaftlicher Auswirkung rückwirkend zum 01.01.2008 sind über einen Geschäftsanteilskauf- und Privatisierungsvertrag („Privatisierungsvertrag“) 76,368 % des Stammkapitals der LEG insbesondere vom Land NRW als bisherigem Hauptgesellschafter an die Lancaster GmbH & Co. KG veräußert worden, die damit nun Mehrheitsgesellschafter der LEG ist.

Die Lancaster GmbH & Co. KG hat sich in dem abgeschlossenen Privatisierungsvertrag bereit erklärt, den Minderheitsgesellschaftern der LEG eine Mitverkaufsoption einzuräumen. Diese Mitverkaufsoption ist auch dem Kreis Heinsberg inzwischen zugegangen. Sie wurde allen Kreistagsabgeordneten mit der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2008 zugesandt und kann bis zum 01. März 2009 ausgeübt werden.

Im Privatisierungsvertrag ist u.a. geregelt, dass bei Ausübung der Option den Minderheitsgesellschaftern der gleiche anteilige Kaufpreis gezahlt wird, der auf der Grundlage des Privatisierungsvertrages von der Lancaster GmbH & Co. KG für die Anteile der Mehrheitsgesellschafter bezahlt wurde.

Ausgehend von dem danach anzuwendenden Kaufpreis von 6.512.000 € pro 1%-Beteiligung würde der an den Kreis Heinsberg zu zahlende Kaufpreis zunächst 11.070,40 € betragen ($6.512.000 \text{ €} \times 0,0017$). Von diesem Betrag wäre eine Aufwandspauschale von 1 % (= 110,70 €) vom Veräußerer für die Vermittlung des Vertrages an die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH (BVG) zu zahlen, so dass sich netto ein Veräußerungserlös von 10.959,70 € für den Kreis Heinsberg ergeben würde. Zur weiteren Information wird auf den allen Kreistagsabgeordneten vorliegenden Entwurf des Kauf- und Abtretungsvertrages verwiesen.

Im Hinblick darauf, dass der Kaufpreis mit 10.959,70 € deutlich über dem Nennwert des Stammkapitalanteils des Kreises Heinsberg (2.556,46 €) liegt und dass der Einfluss der öffentlichen Hand im Zuge der bereits erfolgten Privatisierung praktisch nicht mehr vorhanden ist, schlägt die Verwaltung vor, die Mitverkaufsoption auszuüben.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag mehrheitlich bei einer Gegenstimme eine entsprechende Beschlussfassung.

Der Kreistag folgt der Empfehlung durch mehrheitlichen Beschluss bei fünf Gegenstimmen.

Tagesordnungspunkt 10:

Änderung der Beteiligung des Kreises Heinsberg an der Vogelsang ip gGmbH

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 19.06.2008 beschlossen, sich mit einem Stammkapitalanteil von 650,- € an der seinerzeit vor der Gründung stehenden Vogelsang ip gGmbH zu beteiligen. Der Beteiligungsbetrag entsprach damals einem Anteil am Stammkapital von 2,50 %.

Am 17.10.2008 wurde in Vogelsang auf der Grundlage der erfolgten Beschlussfassungen der Gesellschaftsvertrag der vogelsang ip gemeinnützige GmbH unterzeichnet. Inzwischen hat die Gesellschafterversammlung folgende zwei Änderungen des Gesellschaftsvertrages beraten und **vorbehaltlich der Zustimmung der jeweiligen politischen Gremien** beschlossen:

1. Aufnahme der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens als weiterer Gesellschafter zum 01.01.2009

Die DG Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens hat den Wunsch geäußert, der vogelsang ip gemeinnützige GmbH zum nächstmöglichen Zeitpunkt als Gesellschafter beizutreten – mit gleichen Anteilen wie die Stadt Aachen und der Kreis Heinsberg. Hierzu ist ein entsprechender Beschluss der Regierung der DG erfolgt; die Absicht wurde zudem von Ministerpräsident Lambertz auf der Eifelkonferenz am 05.09.2008 in Vogelsang öffentlich verkündet.

Der zukünftige Anteil der DG am Stammkapital in Höhe von 650,- € soll als zusätzliche Einlage zu den bisherigen Stammeinlagen hinzukommen, das Stammkapital also dementsprechend erhöhen.

Für die Neuaufteilung der Gesellschafteranteile wurde von einem unveränderten Gesellschaftsanteil des LVR von 50 % ausgegangen, d.h., dass sich folgende neuen Stammkapitalanteile der einzelnen Gesellschafter ergeben:

Landschaftsverband Rheinland: wie bisher	50,00 %
Kreis Euskirchen: von bisher 30 % auf	28,57 %
Stadt Schleiden: von bisher 5 % auf	4,76 %
Kreis Aachen: von bisher 5 % auf	4,76 %
Kreis Düren: von bisher 5 % auf	4,76 %
Stadt Aachen: von bisher 2,5 % auf	2,38 %
Kreis Heinsberg: von bisher 2,5 % auf	2,38 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens:	2,38 %

Der zusätzliche Aufsichtsratssitz für die DG soll im Sinne des Gleichgewichts LVR / Region durch einen weiteren Aufsichtsratssitz des LVR ergänzt werden.

2. Übergang der Gesellschafteranteile von Stadt Aachen und Kreis Aachen auf die Städteregion Aachen zum 21.10.2009

In der Sitzung vom 13.08.2008 hat der Rat der Stadt Aachen die unmittelbare Beteiligung der Stadt Aachen an der vogelsang ip gemeinnützige GmbH mit 2,5 % der Anteile beschlossen; perspektivisch soll jedoch eine Übertragung der Geschäftsanteile von Stadt und Kreis Aachen mit allen finanziellen Verpflichtungen zum 21.10.2009 auf die Städteregion Aachen erfolgen.

Wegen der ohnehin zum 01.01.2009 im Rahmen des Beitritts der DG anstehenden Ergänzung des Gesellschaftsvertrages sollten die notwendigen Veränderungen sofort mit vorgenommen werden. Die Gesellschafterversammlung stimmte einer Übertragung der Gesellschafteranteile von Stadt und Kreis Aachen auf die Städteregion Aachen mit Wirkung zum 21. Oktober 2009, vorbehaltlich der Zustimmung der jeweiligen politischen Gremien, zu.

Auf Basis dieser Beschlüsse soll der Gesellschaftsvertrag, der allen Kreistagsabgeordneten im Rahmen der Beratungen über die Beteiligung des Kreises Heinsberg an der Vogelsang ip GmbH zugeleitet worden ist, mit Gültigkeit zum 01.01.2009 in den betroffenen Teilen geändert werden.

Auf die seinerzeit zur Verfügung gestellten Unterlagen wird ergänzend verwiesen.

Im Einzelnen sollen folgende Änderungen im Gesellschaftsvertrag vorgenommen werden:

a) § 5 Stammkapital / Abs. 2

Aufnahme der Deutschsprachigen Gemeinschaft als weiterer Gesellschafter mit einer Stammeinlage von 650,-- €.

b) § 5 Stammkapital / Abs. 2

Änderung der Stammeinlage des LVR (Landschaftsverband Rheinland) von 13.000,-- € auf 13.650,-- €.

c) § 5 Stammkapital / Abs. 5

Einfügung als neuer Absatz mit folgendem Wortlaut:

„Mit Gründung der Gebietskörperschaft StädteRegion Aachen zum 21.10.2009 werden die Geschäftsanteile des Kreises Aachen und der Stadt Aachen gemäß § 5 Abs. 2 dieses Gesellschaftsvertrages sowie die mit den Beteiligungen verbundenen Rechte und Pflichten auf die StädteRegion Aachen übertragen. Die Übertragungsmodalitäten werden zwischen der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen vereinbart.“

d) § 10 Aufsichtsrat – Zusammensetzung und Amtsdauer / Abs. 2

neuer Wortlaut:

„Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. 6 Mitglieder werden vom Landschaftsverband Rheinland, 3 Mitglieder vom Kreis Euskirchen und jeweils 1 Mitglied von den übrigen Gesellschaftern entsandt.“

e) § 10 Aufsichtsrat – Zusammensetzung und Amtsdauer

Einschub eines zusätzlichen Absatzes als Abs. 3 mit folgendem Wortlaut:

„Ab dem Zeitpunkt der Übertragung der Geschäftsanteile des Kreises Aachen und der Stadt Aachen auf die StädteRegion Aachen gemäß § 5 Abs. 5 dieses Gesellschaftsvertrages gehen deren Aufsichtsratssitze auf die StädteRegion Aachen über.“

Die Verwaltung schlägt dem Kreistag vor, der geänderten Beteiligung des Kreises Heinsberg an der vogelsang ip gemeinnützige GmbH ab dem 01.01.2009 von bisher 2,50 % auf neu 2,38 % Stammkapitalanteil und der vorgesehenen Änderung des Gesellschaftsvertrages der Gesellschaft zuzustimmen. Die Änderungen betreffen die Aufnahme der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und den Übergang der Gesellschafteranteile von Stadt Aachen und Kreis Aachen auf die StädteRegion Aachen.

Der Kreistag folgt dem Vorschlag der Verwaltung durch einstimmige Beschlussfassung.

Tagesordnungspunkt 11:

Anträge der UB-Kreistagsfraktion sowie der SPD-Kreistagsfraktion betr. Ehrenamtspass für den Kreis Heinsberg

Für die Antrag stellenden Kreistagsfraktionen nehmen die Fraktionsvorsitzenden Schreinemacher (UB) und Hensen (SPD) ergänzende Ausführungen vor und erläutern die Beweggründe für die eingereichten Anträge. Die in Rede stehenden Anträge sind der Originalniederschrift als Anlagen beigelegt.

CDU-Kreistagsfraktionsvorsitzender Reyans stellt heraus, dass aus Sicht seiner Fraktion den ehrenamtlich Tätigen auf Kreisebene lediglich Vergünstigungen im Bereich der Anton-Heinen-Volkshochschule und der Kreismusikschule eingeräumt werden könnten. Die Würdigung ehrenamtlichen Engagements sei daher eher auf gemeindlicher Ebene anzusiedeln.

Landrat Pusch führt ergänzend aus, dass die Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sich in der Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz am 08.12.2004 mit dem Thema befasst und übereinstimmend die Meinung vertreten hätten, mögliche Lösungen und Verfahrensweisen in Bezug auf die Honorierung ehrenamtlichen Engagements ggf. auf örtlicher Ebene zu erarbeiten. Die entsprechende Würdigung der Ehrenamtler könne aus gesellschaftspolitischer Sicht hier ortsnäher erfüllt werden.

Die Kreistagsfraktionsvorsitzenden Hensen (SPD) und Schreinemacher (UB) vertreten die Auffassung, die aktuelle Situation bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden nochmals zu erfassen und die Verwaltung zu beauftragen, die in den beiden vorliegenden Anträgen vorgeschlagenen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einführung eines Ehrenamtspasses für den Kreis Heinsberg umzusetzen.

Frau Meurer, Vorsitzende der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bittet in den Prüfauftrag an die Verwaltung auch die überregionale Situation in Bezug auf die Anerkennung der von den ehrenamtlich Engagierten geleistete Arbeit einzubeziehen.

Frau Hecker, Vorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion, erklärt, dass aus ihrer Sicht die meisten Ehrenamtler keinen Wert auf eine offizielle Anerkennung legen, sondern ihre Arbeit gerne und mit viel „Herzblut“ verrichten. Ein Ehrenamtspass sei als Motivationsschub für ehrenamtliches Engagement ungeeignet.

Der Kreistag sieht sodann von einer Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge ab. Die Verwaltung wird beauftragt, im Sinne der eingereichten Anträge der UB- und der SPD-Kreistagsfraktion sowie der von der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgetragenen Ergänzung weitere Erkundigungen einzuholen und die Thematik den politischen Gremien erneut zur Entscheidung vorzulegen.

Antwort des Landrates auf die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion betr. NPD-Aufmarsch am 04.10.2008 in Wegberg

Die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion, die der Originalniederschrift beigelegt ist, wird wie folgt beantwortet:

I. Vorbemerkung

Die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 07.10.2008 wurde an mich als eine Anfrage gem. § 12 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Heinsberg gerichtet.

Nach § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung bezieht sich die Berechtigung, Anfragen über Angelegenheiten des Kreises, die nicht auf der Tagesordnung stehen, an den Landrat zu richten, nicht auf Angelegenheiten der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde.

Da es sich bei der Bestätigung einer Versammlung um eine Angelegenheit handelt, die der Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde wahrnimmt, zuständig ist in NRW die jeweilige Kreispolizeibehörde, liegt keine Anfrage gem. § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Kreistag vor.

Dennoch möchte ich die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion nicht unbeantwortet lassen.

II. Zu den einzelnen Fragen nehme ich wie folgt Stellung:

Frage 1: Wann und durch wen wurde die Versammlung am 04.10.2008 beantragt?

Die Versammlung wurde vom NPD-Kreisverband Mönchengladbach am Donnerstag, dem 02.10.2008, um 4.20 Uhr per E-Mail sowie am selben Tag ebenfalls per Telefax bei der KPB Heinsberg angemeldet.

Frage 2: Wann wurde die Versammlung genehmigt?

Die Versammlung wurde nicht genehmigt; die Anmeldung wurde mit Schreiben der KPB Heinsberg am 02.10.2008 unter Auflagen bestätigt. Eine Genehmigung sieht das Versammlungsgesetz ausdrücklich nicht vor.

Frage 3: Wurde im Antrag auch konkret benannt, dass eine „Mahnwache“ vor einem Privathaus abgehalten werden sollte?

- a) **Wenn ja: Ist es rechtlich geboten, eine solche Versammlung zu genehmigen? Weshalb?**

b) Wenn nein:

aa) Wäre die Versammlung auch vor diesem Hintergrund genehmigt worden?

bb) Sieht die Verwaltung rechtliche Möglichkeiten, in Zukunft solche Verfahrensweisen zu verhindern?

In der Anmeldung der Versammlung wurde angegeben, dass in Wegberg, Bahnhofstraße, Höhe Hausnummer 56, in der Zeit von 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr eine Mahnwache mit Rednerbeiträgen und Musik sowie der Verteilung von Infomaterial abgehalten werden soll. Hinsichtlich der Teilnehmerzahl wurden 20 Personen angegeben. Als Thema der Versammlung wurde benannt:

Gegen Zweckentfremdung von Spendengeldern/Sozial geht nur National

Ein Verbot der Versammlung konnte nicht erfolgen.

Das Recht der freien Meinungsäußerung wird so hoch eingestuft, dass ein Versammlungsverbot als Eingriff nur unter sehr engen Voraussetzungen möglich ist.

So reichen beispielsweise Verstöße gegen die öffentliche Ordnung nicht aus, eine Versammlung zu unterbinden; nur gravierende Störungen der öffentlichen Sicherheit sind geeignet, eine Verbotsverfügung zu rechtfertigen.

Eine solche schwerwiegende Verletzung der öffentlichen Sicherheit war hier jedoch nicht erkennbar und auch nicht gegeben. Auch bei Abwägung der Interessen einer am Ort der vorgesehenen Mahnwache wohnenden Anwohnerin mit dem Interesse an der Abhaltung der Versammlung kam hier eine Untersagung der Versammlung nicht in Betracht. Insofern spielt hier auch der Gesichtspunkt eine Rolle, dass derjenige, der durch eigenes Verhalten und seine Stellung in der Öffentlichkeit ein Informationsinteresse hervorruft, es in einem gewissen Rahmen hinnehmen muss, wenn sich die Öffentlichkeit mit ihm befasst und ggf. sein Handeln kollektives Missfallen hervorruft. Im Rahmen der Güterabwägung können dann nur noch schwerwiegende Beeinträchtigungen der individuellen Rechte eine Rolle spielen.

Eine schwerwiegende Beeinträchtigung lag hier nicht vor, zumal die Anmeldebestätigung der KPB Heinsberg unter Auflagen erteilt wurde. „Es darf zu keiner Blockierung von Eingängen, Ausfahrten oder anliegenden Straßen kommen. Personen, die Gebäude oder Grundstücke betreten oder verlassen müssen, dürfen ebenso nicht behindert werden, wie Personen, welche die Auffahrten oder anliegenden Straßen zu befahren gedenken.“ Die anwesende Polizei hat die Einhaltung dieser Auflagen kontrolliert. Eine Verletzung der öffentlichen Sicherheit lag nicht vor. Vor dem Hintergrund der Bedeutung des Versammlungsrechts können nur ganz erhebliche Gefahren ein Verbot rechtfertigen.

Die Versammlung konnte aus rechtlichen Gründen nicht verhindert werden. Für zukünftige Versammlungen erfolgt wie im vorliegenden Fall eine Einzelfallentscheidung.

Frage 4: Warum wurde die Öffentlichkeit von der beantragten Versammlung nicht informiert?

Es ist nicht Aufgabe der Polizei, die Öffentlichkeit vor einer Versammlung zu informieren und damit ggf. Werbung für Veranstaltungen zu betreiben.

Frage 5: Welchen Grund gab es dafür, dass lediglich zwei Polizeibeamte, die die Örtlichkeit nicht hinreichend genug kannten, vor Ort waren?

Von der KPB Heinsberg wurde im Zusammenhang mit der Versammlung rechtzeitig eine ausreichende Anzahl von Polizeibeamten eingesetzt. Alle von der hiesigen Behörde eingesetzten Beamten verfügten über die notwendigen Ortskenntnisse.

Einschließlich der Reservekräfte waren seitens der KPB Heinsberg elf Polizeibeamte im Einsatz. Darüber hinaus waren Angehörige des Staatsschutzes in Wegberg anwesend. Hierbei könnte es sich um die zwei in der Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion genannten Polizeibeamten gehandelt haben.

**Antwort des Landrats
auf die Anfrage der UB-Fraktion zur EuRegionale 2008**

Die Anfrage der UB-Kreistagsfraktion, die der Originalniederschrift beigelegt ist, wird wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Der Kreis Heinsberg hat sich als Gesellschafter der EuRegionale 2008 angeschlossen. Eigene Projekte hat der Kreis Heinsberg im Rahmen der EuRegionale 2008 nicht durchgeführt. Den Kommunen aus dem Kreis Heinsberg, die mit Projekten im Rahmen der EuRegionale beteiligt waren, wurde entsprechend des Kreisausschussbeschlusses vom 23.06.2005 ein einmaliger Zuschuss in Höhe von je 25.000 € gewährt.

Frage 1: Für welche Projekte in welchen Kommunen im Kreis Heinsberg wurde ein Antrag zur Teilnahme an der EuRegionale 2008 gestellt?

Aus dem Kreis Heinsberg stellten folgende Kommunen Projektanträge an die EuRegionale 2008 – Agentur:

- a) Gemeinde Gangelt mit dem Projekt „**Heidenaturpark**“
- b) Stadt Heinsberg mit dem Projekt „**Lago Laprello**“
- c) Stadt Übach-Palenberg mit dem Projekt „**Wurmtal**“

Frage 2: Welche Anträge wurden mit welchen Projekten in welchen Kommunen genehmigt? Welche finanziellen Förderungen der Einzelprojekte waren damit verbunden?

Für das Projekt „**Heidenaturpark**“ wurden der Gemeinde Gangelt bei Gesamtinvestitionen in Höhe von 2.300.000 € Fördermittel von 1.840.000 € bewilligt. Es handelt sich um ein gemeinsames Projekt der Gemeinde Gangelt mit den niederländischen Gemeinden Brunssum und Onderbanken.

Beim Projekt „**Lago Laprello**“ erfolgte eine Förderung seitens der EuRegionale 2008 mit 2.800.000 € bei einer Gesamtinvestition von 3.500.000 €.

Am Projekt „**Wurmtal**“ sind auf deutscher Seite neben der Stadt Übach-Palenberg auch die Städte Herzogenrath und Würselen sowie auf niederländischer Seite die Stadt Kerkrade und die Gemeinde Landgraaf beteiligt. Die Gesamtinvestitionen belaufen sich bei einer Förderung in Höhe von 4.200.000 € auf 5.500.000 €.

...

Fragen 3 - 5: Welche Projekte im Kreis Heinsberg wurden begonnen? Welche Projekte wurden fertig gestellt? Welche Förderungen wurden ausgezahlt in welcher Höhe bei welchen Kommunen?

Welche Projekte in Gänze oder in Teilen wurden in welchen Kommunen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

Welche Projekte wurden der Öffentlichkeit in Gänze oder in Teilen der Öffentlichkeit noch nicht übergeben? Wann soll dies erfolgen? Welche Gründe haben dem entgegengestanden?

Alle Projekte wurden inzwischen begonnen und sind z. T. schon fertig gestellt. Der Heidenaturpark wurde nach Fertigstellung am 7. und 8. Juni 2008 den Bürgern und Bürgerinnen präsentiert und feierlich eröffnet.

Das Projekt „Lago Laprello“ ist inzwischen zugänglich und wurde durch die Stadt Heinsberg mit einigen Events der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Stadt Heinsberg beabsichtigt die offizielle Eröffnung im ersten Halbjahr 2009.

Das „Wurmtal“-Projekt befindet sich noch in der Umsetzung. Teilprojekte wie das Infocenter und der Mehrgenerationenspielplatz im Naherholungsgebiet Übach-Palenberg wurden bereits realisiert und am 13. September 2008 für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Das Gesamtprojekt wurde am 31. August 2008 mit der Veranstaltung „**Wurmtal ohne Grenzen**“ der Öffentlichkeit präsentiert.

Zur Auszahlung der Förderungen durch die EuRegionale, die unmittelbar an die Projektträger erfolgt, können seitens des Kreises keine Angaben gemacht werden.

Frage 6: Welche Kontrollinstrumente werden jetzt angewandt zur fördergerechten Nutzung in Zukunft?

Bei der Förderung von Projekten im Rahmen der EuRegionale 2008 wurde darauf geachtet, dass eine nachhaltige Nutzung der Projekte gegeben ist. Für alle Projekte gelten die gängigen Kontrollinstrumente für Förderprogramme des Landes NRW.

Es können nachträgliche Kontrollen durch den Landesrechnungshof durchgeführt werden. Sowohl bei der Bewilligung als auch bei der Abrechnung von Fördergeldern war bzw. ist ein Leistungsnachweis für das geförderte Projekt durch den Projektträger zu erstellen.

Bemerken möchte ich noch, dass die Projekte durch die EuRegionale 2008 Agentur sowohl über die Presse als auch über das Internet und Broschüren bekannt gemacht und der Öffentlichkeit bei unterschiedlichen Präsentationsprogrammen übergeben wurden. Der regelmäßige große Besucherandrang, z. B. am Infocenter und im Heidenaturpark Gangelt zeigen, dass die geförderten Projekte zumindest in unserer Region von der Bevölkerung angenommen und genutzt werden.

Ein Flyer mit dem Titel „Grenzen überschreiten. Eine erste Zwischenbilanz“ wurde auf Ihren Plätzen zur weiteren Information ausgelegt

**Antwort des Landrats
auf die Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion betr. „Verzinsung“ der
Gewährträgerhaftung des Kreises Heinsberg für die Kreissparkasse Heinsberg**

Die Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion, die der Originalniederschrift als Anlage beigefügt ist, wird wie folgt beantwortet:

Der Beantwortung der gestellten Anfrage möchte ich einige Vorbemerkungen vorwegschicken:

Wie allgemein bekannt sein wird, sind im Juli 2005 die Haftungsgrundlagen von Sparkassen und Landesbanken grundlegend geändert worden. Die Anstaltslast wurde modifiziert und die Gewährträgerhaftung lief für neue Verbindlichkeiten, die ab dem 19. Juli 2005 begründet wurden, aus. Im Rahmen der Verständigung zwischen der Bundesrepublik und der EU-Kommission wurde konkret vereinbart, dass nur für Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 eingegangen wurden, die frühere Gewährträgerhaftung unverändert besteht. Für diejenigen Verbindlichkeiten, die im Zeitraum vom 19. Juli 2001 bis 18. Juli 2005 vereinbart wurden, besteht die Gewährträgerhaftung, wenn die Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht.

Diese Regelung für Altverbindlichkeiten ist auch in § 44 des Sparkassengesetzes (alte sowie neue Fassung) niedergelegt. Faktisch bezieht sich die Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion somit auf Verbindlichkeiten, die von der nur noch partiell bestehenden Gewährträgerhaftung erfasst werden.

Auf die Fragestellungen möchte ich wie folgt eingehen:

Zu Buchstabe a)

Nach Ansicht der FDP-Kreistagsfraktion hat die Gewährträgerhaftung für die Sparkasse einen Eigenkapital ähnlichen Wert. Hierzu sei daran erinnert, dass im Rahmen der in den 1980er Jahren erfolgten Änderung des Kreditwesengesetzes die Anerkennung der Gewährträgerhaftung als Bestandteil des haftenden Eigenkapitals zwar von den Sparkassen, ihren kommunalen Trägern und den Sparkassenverbänden gefordert, vom Bundesgesetzgeber aber abgelehnt wurde. Der hiergegen erhobenen Verfassungsbeschwerde hat das Bundesverfassungsgericht nicht abgeholfen. Dieser Diskussion wurde letztlich auch durch die EU-Eigenmittelrichtlinie der Boden entzogen. Nach der Eigenmittelrichtlinie sind Anstaltslast und Gewährträgerhaftung als Eigenmittel ausgeschlossen.

Zu Buchstaben b) und c)

Der Gedanke der Erhebung eines besonderen Entgelts für die mit der Gewährträgerstellung verbundenen Haftungsrisiken entspringt erkennbar zivilrechtlichen Vorstellungen. Derartige Betrachtungsweisen werden jedoch dem Sinn, dem Zweck und der Bedeutung der öffentlich-rechtlichen Gewährträgerhaftung nicht gerecht. Die Gewährträgerhaftung spielt in dem hier interessierenden Zusammenhang aber ohnehin mit Blick auf die öffentlich-rechtliche Anstaltslast keine praktische Rolle. Weder die Gewährträgerhaftung noch die Anstaltslast haben den Charakter einer „Leistung“, die der Anstaltsträger gegenüber der Anstalt erbringt.

Da bereits die gesetzlich angeordnete Innenpflicht aus der Anstaltslast regelmäßig zu dem Ergebnis führt, dass die Gewährträgerhaftung praktisch nicht zur Anwendung kommen kann, ist es bei wirtschaftlicher Betrachtung verfehlt, die gesetzlich angeordnete Haftung im Außenverhältnis als eine zusätzliche und gesondert zu vergütende Leistung zu qualifizieren. Eine Vergütung für das in der Praxis primär zum Zuge kommende Rechtsinstitut der Anstaltslast kommt ebenfalls nicht in Betracht. Die mit der Anstaltslast verbundenen Einstandspflichten müssen stets im Zusammenhang mit der Tatsache gesehen werden, dass die öffentlich-rechtlichen Sparkassen als Teil der mittelbaren Staatsverwaltung einzustufen sind. Die Obliegenheiten des Anstaltsträgers gegenüber seiner Anstalt sind untrennbar mit dem zugewiesenen öffentlichen Auftrag verknüpft, der zugleich die anstaltsrechtliche Organisationsform legitimiert. Dies schließt das Merkmal der Unentgeltlichkeit mit ein.

Zusammenfassend ist daher festzustellen, dass der Träger einer Sparkasse mit der Gewährträgerhaftung keine mit bürgerlich-rechtlichen Haftungsinstituten vergleichbare Leistung erbringt, für die ein angemessenes Entgelt eingefordert werden kann. Diese Rechtsauffassung wird nicht nur vom Sparkassengiroverband sondern auch vom Finanzministerium NRW vertreten.

Antwort des Landrates auf die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion betr. "Auffahrt B 56n/L228":

Die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion, die der Originalniederschrift beigelegt ist, wird wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Nach der Straßenverkehrs-Ordnung können und müssen die Straßenverkehrsbehörden eine Vielzahl von Maßnahmen treffen, die die Sicherheit auf unseren Straßen sicherstellen und verbessern sollen. Im Rahmen dieser Aufgabenwahrnehmung haben die Mitarbeiter des Straßenverkehrsamtes auch die B 56n, die Anschlussstellen bzw. die querenden Straßen und Wirtschaftswege dahingehend überprüft, ob bzw. welche Verkehrsregelungen zu treffen waren.

Zu Frage 1:

Nach Fertigstellung der Über- und Unterführungen der B 56n (u. a. im Bereich der L 228, der K 1 und der K 15) wurde anlässlich des Anhörungsverfahrens mit Vertretern der Straßenbaulastträger, der Gemeinde Selfkant und der Kreispolizeibehörde über notwendige Verkehrsregelungen diskutiert.

Im Bereich der L 228 sind durch die Überführung der B 56n jeweils Steigungsstrecken entstanden, die von den Verkehrsteilnehmern zu überwinden sind. Da die Anbindungen der B 56n jeweils in den Steigungsstrecken in die L 228 einmünden, sind die Sichtverhältnisse jeweils zum höchsten Punkt der Kuppe nicht ausreichend.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass jeder Verkehrsteilnehmer bei der Ausfahrt aus einer untergeordneten Straße dem auf der übergeordneten Straße fahrenden Verkehrsteilnehmer Vorfahrt zu gewähren hat. Es darf nur eingebogen werden, wenn übersehen werden kann, dass ein Vorfahrtberechtigter weder gefährdet noch wesentlich behindert wird.

Da diese Verpflichtung in beiden Ausfahrtsen von Fahrern von Lastkraftzügen, Sattelschleppern u. ä. aufgrund der unzureichenden Sichtverhältnisse nicht erfüllt werden kann, wurde von der Straßenverkehrsbehörde aus Gründen der Verkehrsunfallprävention eine Signalisierung der beiden Ausfahrten angeordnet.

Zu Frage 2:

Die Kosten für die Beschaffung, Anbringung, Unterhaltung und des Betriebs der amtlichen Verkehrszeichen und -einrichtungen (hierzu gehören auch Signalanlagen) trägt der Straßenbaulastträger. Im vorliegenden Fall ist dies der Landesbetrieb Straßenbau NRW. Die Einrichtungs- und jährlichen Folgekosten für die Ampelanlagen sind daher dem Kreis nicht bekannt.

Zu Frage 3:

Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens wurde auch das Straßenverkehrsamt gehört. Dem Vorschlag zum Bau von Kreisverkehren für die Anbindungen ist man nicht gefolgt.

Die oben dargestellten Probleme hinsichtlich der unzureichenden Sichtverhältnisse aufgrund der extremen Rampenneigungen waren aufgrund der vorgelegten Pläne nicht zu erkennen.

Da die Entscheidung zur Einrichtung von Signalanlagen bereits im April dieses Jahres getroffen wurde, ist die Verzögerung offenbar auf Durchführungsprobleme zurückzuführen.

Zu Frage 4:

Zu den Aufgaben der Polizei gehört auch die Verkehrsüberwachung. Im Rahmen dieser Aufgabenwahrnehmung werden im gesamten Kreisgebiet Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt, deren Schwerpunkt unfallauffällige Strecken und besonders schutzwürdige Bereiche.

Im Bereich der L 228 wurden bereits seit dem Frühjahr in regelmäßigen Abständen Messungen im Rahmen der Baumaßnahmen durchgeführt. Ein Zusammenhang mit der Herstellung der Anschlüsse der B 56n besteht nicht.

Tagesordnungspunkt 12:

Fraktionen übergreifender Antrag zur Initiierung einer politischen Bildungsoffensive gegen extreme Parteien

Der in Rede stehende Antrag wurde allen Kreistagsabgeordneten als Tischvorlage zur Verfügung gestellt und ist der Originalniederschrift als Anlage beigelegt.

CDU-Kreistagsfraktionsvorsitzender Reyans hebt das Zusammenwirken aller demokratischen Kreistagsfraktionen zur Erarbeitung des vorliegenden Antrags hervor. In den Themenfeldern Radikalismus sowie Extremismus bestehe nach wie vor konkreter Handlungsbedarf. In diesem Zusammenhang sei unsere Gesellschaft aufgerufen, nicht einfach wegzusehen und gegen die Gefahren, die auf die freiheitlich demokratische Grundordnung einwirken, vorzugehen. Nunmehr gelte es, nicht nur einmalige Aktionen zu initiieren, sondern vielmehr dauerhafte Aktivitäten vorzunehmen, um extremistischen Gruppierungen den Boden zu entziehen. Herr Reyans spricht insbesondere der Fraktionsvorsitzenden der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Meurer, seinen Dank aus, die bei der Ausarbeitung des Antrags ein großes Engagement eingebracht habe.

Der Kreistag beschließt sodann einstimmig die Umsetzung der beantragten politischen Bildungsoffensive.

Niederschrift über die Sitzung
des Kreistages am 18.12.2008

Zum Ende der öffentlichen Sitzung ergreift Landrat Pusch das Wort. Seine Ausführungen sind der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Vortrag des Ausschußvorsitzenden des
Rechnungsprüfungsausschusses
Dr. Herzberg
in der Kreistagssitzung am 18. Dezember 2008

Blatt 1/2

Herr Landrat, meine Damen und Herren Kreistagskollegen,

da ich beschlossen hatte, nicht mehr für den Kreistag zu kandidieren, ist es heute mein letzter Vortrag als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses.

Es ist mir ein Bedürfnis eben

- diesem Ausschuß zu danken, daß er problemlos eine weitere Anzahl an Sitzungen wahrgenommen hatte, die ich einberufen mußte, um das Zusätzliche an Aufgaben zu bewältigen, was nicht zuletzt durch die Umstellung auf das NKF auf uns zugekommen ist, sowie
- den Kollegen in diesem Ausschuß für die angenehme, kollegiale Atmosphäre und
- der Amtsleiterin Frau Heinrichs, für Ihre vorzügliche, ja exzellente Vorarbeit.

Wir hatten in den jeweiligen Sitzungsvorbereitungen mache intensive Besprechung, an der auch ihr Vertreter, Herr Hürth, teilnahm.

So reifte auch die Erkenntnis, daß wir **nach nunmehr 36 Jahren** endlich eine Rechnungsprüfungsordnung auf den Weg bringen mußten.

Das war nicht nur nötig, weil das NKF am 1. Januar 2009 im Kreis Heinsberg eingeführt wird, sondern es war auch nötig, weil es bis heute keine Rechnungsprüfungsordnung gibt.

Nach der Neugliederung der Kreise Erkelenz sowie Geilenkirchen-Heinsberg wurde durch Beschluß vom **03. März 1972** des damaligen Beirats dem neu gebildeten Rechnungsprüfungsamt zusätzliche Aufgaben zu den Pflichtaufgaben gemäß der damaligen GO zugewiesen. Der Beirat hatte den Auftrag vor der Wahl des neuen Kreistages den Beauftragten für Aufgaben des Oberkreisdirektors zu beraten. Erst 8 Jahre später – am **20. März 1980** ist der damalige Beschluß vom Kreistag bestätigt worden. Dabei wurde die Aufgabenzuweisung der novellierten Rechtslage und sonstigen eingetretenen Veränderungen angepaßt.

Mehr gab es also nicht.

Mit dem heutigen Beschluß unseres Kreistages zur Rechnungsprüfungsordnung wird eine grundlegende Basis für die zukünftige Arbeit geschaffen.

Dem Landrat Stephan Pusch ist an dieser Stelle ebenfalls zu danken für seine Unterstützung im Laufe der vergangenen Jahre, dass er das Personal verstärkte und sich für manchen unserer Gedanken öffnete. Diese Zusammenarbeit war ebenfalls fruchtbar.

Und so blicken wir gemeinsam auf eine erfolgreiche Legislaturperiode im Ressort des Rechnungsprüfungswesens zurück.

Dieser, unser Kreistag hat in seiner Sitzung am **13. März 2008** die vom Kämmerer aufgestellte und vom Landrat festgestellte Jahresrechnung seinem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung zugeleitet.

Die Kontrolle der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuß durchgeführt. Dabei bediente er sich des Rechnungsprüfungsamtes nach § 101 der Gemeindeordnung NW.

In der Sitzung am **02. September 2008** erörterten wir den von unserm Rechnungsprüfungsamt erarbeiteten Bericht über seine Recherchen der Jahresrechnung mit der Stellungnahme der Verwaltung zu den Prüfungsbeanstandungen.

Das erfreuliche war, dass alle diese Beanstandungen auf Grund jener Verwaltungsstellungnahme ausgeräumt werden konnten.

Der Rechnungsprüfungsausschuß fasst dann in seiner Sitzung am **18. November 2008** den einstimmigen Beschluß über die Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007, den danach jedes Ausschußmitglied unterzeichnete und damit anerkannte.

Hiernach wird der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Jahresrechnungsprüfung als Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses übernommen.

Die Prüfung der Rechnung führte zu dem Ergebnis, dass

- a. der Haushaltplan eingehalten wurde,
- b. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt waren,
- c. bei den Einnahmen und Ausgaben nach den geltenden Vorschriften verfahren wurde,
- d. die Vorschriften über Verwaltung und Nachweis des Vermögens und der Schulden eingehalten worden sind.

Der Rechnungsprüfungsausschuß empfiehlt nun einstimmig dem Kreistag

- 1. über die geprüfte Jahresrechnung 2007 zu beschließen
und**
- 2. dem Landrat Entlastung ohne Einschränkung zu erteilen.**

Erlauben Sie mir nun noch Ihnen allen ein frohes, gesegnetes Weihnachten zu wünschen und in jeder Beziehung ein gutes Jahr 2009 !

Rede von Herrn Landrat Pusch zum Abschluss der letzten Kreistagssitzung des Jahres 2008 am Donnerstag, 18. Dezember 2008, Heinsberg, großer Sitzungssaal

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

zum Abschluss des öffentlichen Teils der letzten Kreistagssitzung des Jahres möchte ich einige Worte an Sie richten. Wir stehen an der Schwelle zum Jahr 2009 - einem Jahr, für das nicht nur gute Nachrichten prognostiziert werden. Die wirtschaftliche Situation hat sich sicherlich im Jahr 2008 verändert, wir werden 2009 aller Voraussicht nach mehr oder weniger deutlich spüren, wie diese Veränderungen unser tägliches Leben beeinflussen werden.

Die Finanzkrise – inzwischen zum „Wort des Jahres“ gekürt – hat ein massives staatliches Eingreifen erfordert. Und dies hatte neben der direkten Wirkung auch noch den positiven Nebenaspekt, dass viele Bürgerinnen und Bürger auf einmal wieder spüren, dass auf den Staat und seine Einrichtungen Verlass ist. Der Staat wird auf einmal wieder als das wahrgenommen, was er ist.

In diesem Zusammenhang ist natürlich auch die Frage erlaubt, wie der Kreis Heinsberg wahrgenommen wird. Eher als Bestandteil der unterschiedlichen Verwaltungsebenen oder doch mehr als Heimatregion? Wahrscheinlich liegt man mit der Antwort „als beides“ nicht falsch. Die Wahrnehmung des Kreises ist aber abhängig vom Interesse des einzelnen Betrachters, während das Interesse sich wiederum aus dem Kenntnis- und Bildungsstand heraus entwickelt.

Vor wenigen Wochen saßen hier im großen Sitzungssaal rund 25 Grundschüler aus einer Geilenkirchener Grundschule, die den großen Sitzungssaal und vor allem die bequemen Stühle „cool“ fanden. Auf die Frage, wer denn sonst auf diesen Stühlen Platz nähme, antwortete ein 25-köpfiger Chor wie aus der Pistole geschossen mit „der Kreistag“. Über den Schulunterricht, also die Bildungsvermittlung, war Interesse am Thema „Kreis“ geweckt. Hintergrund war dabei ein Projekt, welches in diesem Jahr auf riesige Resonanz gestoßen ist. Mit der Herausgabe von „Kreis Heinsberg – ganz nah“ hat der Kreis Heinsberg erstmals ein Schulbuch für die 3. und 4. Schuljahre der Grund- und Förderschulen geschaffen. Dieses Buch, das zeigen schon erste Erfahrungen, wird sich sehr nachhaltig und positiv auf unsere jetzigen Kinder auswirken.

Und ich bin mir sehr sicher, dass ein Großteil dieser Kinder vom kommunalen Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr Gebrauch machen wird, weil über das geweckte Interesse und die Behandlung im Unterricht ein Bildungsgrad erreicht worden ist, der es schon einem 16-jährigen gestatten wird, sich differenziert mit dem Thema „Staat, Gesellschaft, Gemeinschaft“ und die damit verbundene Bedeutung von Wahlen auseinanderzusetzen.

Bei meinem Rückblick gibt es erfreulicherweise eine Reihe anderer positiver Ereignisse und Entwicklungen anzusprechen. Dass wir uns als Kreis vor niemandem zu verstecken brauchen, zeigen gleich zwei Auszeichnungen auf Landesebene, über die wir uns in 2008 freuen durften.

Mit dem Sonderpreis für den Kreis Heinsberg beim „Gesundheitspreis Nordrhein-Westfalen 2008“ wurde erst kürzlich das Projekt „Älterwerden im Kreis Heinsberg“ ausgezeichnet, das sich in vorbildlicher Weise zum Ziel gesetzt hat, im Zusammenwirken aller Akteure die soziale und gesundheitliche Versorgung der älter werdenden Menschen im Kreis Heinsberg zu verbessern und das ehrenamtliche Engagement auszubauen.

Schon im Juni dieses Jahres wurde uns der nordrhein-westfälische Innovationspreis verliehen, weil das Niederländisch-Deutsche Zentrum für Weiterbildung der Jury auszeichnungswürdig erschien. Ich habe mich sehr über diesen Preis gefreut, weil er a) dem Bildungssektor galt, b) aber auch den grenzüberschreitenden Aspekt, der mir ebenfalls sehr wichtig ist, mit einbezieht.

Da passt es dann auch gut ins Bild, wenn das Berufskolleg Erkelenz im gleichen Jahr den Status eines „Euregio-Kompetenzzentrums“ erhält, weil es seit einigen Jahren gezielt auf eine berufliche Karrieremöglichkeit im euregionalen Raum hinwirkt.

In diesem Kontext sei auch erwähnt, dass die AG Grenzland: Kreis Heinsberg – Limburg, deren Vorsitz ich seit vorgestern wieder innehabe, in über 30 Jahren den Boden für grenzüberschreitende Aktivitäten geebnet hat. Das erkennt man daran, dass der grenzüberschreitende Aspekt in vielfältiger Weise von den verschiedensten Ebenen aufgegriffen wird. Und so ist es bemerkenswert, wie unsere drei kleinen Gemeinden im Westen - Gangelt, Selfkant und Waldfeucht - mit ihren niederländischen und belgischen Nachbarn effektiv zusammenarbeiten.

Es ist der Rede wert, wenn ein niederländischer Wasserverband eine Baumaßnahme mit Grunderwerb am Rothenbach bei Effeld auf deutschem Gebiet vornimmt und alle beteiligten deutschen und niederländischen Stellen – darunter auch die Kreisverwaltung – miteinander umgehen, als sei dies das selbstverständlichste auf der Welt. Es ist erwähnenswert, wenn sich ÖPNV-Betreiber von diesseits und jenseits der Grenze über eine Verknüpfung des Anrufbus-Angebotes verständigen und dies zum Fahrplanwechsel am 14. Dezember in die Tat umsetzen.

Meine Damen und Herren,

wenn wir an 2008 denken, so kommt man natürlich am Thema der Energiepolitik – man denke nur an die zwischenzeitlich immens gestiegenen Öl- und Gaspreise - nicht vorbei. Das Thema „Versorgung“ interessiert die Menschen brennend, weil es hier um elementare Dinge geht.

Für uns war in diesem Zusammenhang die Neustrukturierung der Zusammenarbeit der west und der NVV ein wichtiger Meilenstein. Nach langen intensiven Verhandlungen konnte kurz vor den Sommerferien mit dem Abschluss des entsprechenden notariellen Vertragswerkes die neue Zusammenarbeit umgesetzt werden. Vorausgegangen waren die erforderlichen Beratungen in den Räten der Städte und Gemeinden, im Kreistag sowie in den Aufsichtsgremien der Kreiswerke Heinsberg und der WestEnergie und Verkehr GmbH. Der zunächst für die Dauer von sieben Jahren abgeschlossene Vertrag über die Verpachtung der Versorgungssparte der west an die NVV gibt den Gesellschaftern der Kreiswerke, also auch dem Kreis Heinsberg, Planungssicherheit im Hinblick auf die Höhe der zu erwartenden Gewinnausschüttungen in einem durch die Auswirkungen des Wettbewerbs nur noch äußerst schwer einzuschätzenden Umfeld.

Ich bin überzeugt, dass das mit der NVV für das Gesamtpaket ausgehandelte Ergebnis auch für die verschiedenen Optionen nach Beendigung der siebenjährigen Grundpachtzeit ein sehr gutes ist. Aktuelle Entwicklungen, insbesondere im Bereich der Versorgungssparte, lassen vermuten, dass wir für den Abschluss des Geschäfts den richtigen Zeitpunkt gewählt haben.

Wie Sie des Weiteren der aktuellen Presseberichterstattung entnehmen konnten, ist vor wenigen Tagen der Kaufvertrag zwischen dem Kreiswasserwerk Heinsberg und der WestEnergie und Verkehr GmbH über den Erwerb des Wasserwerkes Erkelenz geschlossen worden. Die in der Kernstadt Erkelenz bestehende Insellage bei der Wasserversorgung gehört endgültig der Vergangenheit an. Die Vereinigung der beiden Versorgungsgebiete, die seit vielen Jahren immer wieder diskutiert wurde, aber aus den unterschiedlichsten Gründen nie verwirklicht werden konnte, bedeutet für die im

Versorgungsgebiet lebenden Menschen eine weitere Verbesserung der Versorgungssicherheit.

Meine Damen und Herren,

zum Stichwort Daseinsvorsorge gehören neben Energie und Wasser aber auch gute Verkehrsverbindungen, die – gleich welcher Art – zur Zufriedenheit und letztlich zur Identifikation der Kreisbewohner mit ihrer Heimatregion beitragen. So war die Arbeit der Verwaltung und des Kreistages im auslaufenden Jahr von vielen Aufgabenstellungen gekennzeichnet, die in der Zielsetzung klar, aber dennoch mit sehr unterschiedlichen Interessenvertretungen und Standpunkten behaftet waren. Ich erinnere an die noch andauernde Auseinandersetzung mit der Trassierung der Kreisstraße 3 in Geilenkirchen-Gillrath. Nach äußerst schwierigem Abwägungsprozess hat sich der Kreistag für eine Lösung unter weitgehender Schonung von Ressourcen – ökologisch wie auch finanziell – entschieden, die zuletzt auch noch einmal in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 16. Dezember 2008 intensiv diskutiert wurde.

Im Bereich der straßenbaulichen Infrastrukturmaßnahmen verfolgt der Kreis Heinsberg in Ergänzung zu den Vorhaben des Bundesstraßenbaus (B 56n, B 57n, B 221n) in eigener Zuständigkeit verschiedene Straßenbauvorhaben, die dazu beitragen sollen, die durch diese Bundesstraßen hervorgerufenen oder zu erwartenden Verkehrsverlagerungen verträglich abzuwickeln und betroffene Orte und Bürger möglichst weitgehend von massivem Durchgangsverkehr zu entlasten.

Zu nennen ist vor allem die EK 5 als Ortsumgehung von Haaren, Kirchhoven, Lieck und Heinsberg mit einer Gesamtlänge der Trasse von rund acht Kilometern und einem veranschlagten Investitionsvolumen von rund 16 Millionen Euro. Die Verwaltung geht davon aus, dass im ersten Quartal 2009 von der Bezirksregierung der Planfeststellungsbeschluss erlassen wird und noch in 2009 mit den Vorbereitungen zur baulichen Umsetzung begonnen werden kann. Des Weiteren ist die EK 13/EK 17 als Ortsumgehung von Gangelt mit einer Trassenlänge von rund drei Kilometern und einem veranschlagten Investitionsvolumen von fünf Millionen Euro zu nennen, die sich derzeit in der Planungsphase befindet.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit noch kurz darauf eingehen, dass die Vision der Direktverbindung per Zug von Heinsberg über Lindern nach Aachen – für viele Pendler aus unserem Kreis der tägliche Arbeitsweg – nicht aus den Augen verloren wird. Wir streben gemeinsam mit dem AVV/NVR und dem Verkehrsunternehmen die Betriebsaufnahme für 2014 an.

Erwähnt sei ebenfalls, dass seit kurzem der Kreis Heinsberg Mitglied im Netzwerk „Verkehrssichere Städte und Gemeinden im Rheinland“ ist. Gemeinsam mit der Leaderregion „Der Selfkant“ sind wir hierbei zur Modellkommune im „Mobilitätsmanagement für Senioren“ für den Regierungsbezirk Köln ausgewählt worden.

Meine Damen und Herren,

dass sich unser Kreis überregional einer besonderen Wertschätzung erfreut, gilt trotz der einen oder anderen vordergründig eher negativ empfundenen Entwicklung. Wenn ich einerseits heute den Bildungsaspekt betone, dann ist es kein Widerspruch, dass sich der Kreis Heinsberg beim Rennen um die drei neuen Fachhochschul-Standorte zurückgenommen hat, weil Bewerbungen angesichts der Dichte von Hochschul-Einrichtungen in nächster Umgebung (Aachen, Jülich, Mönchengladbach, Krefeld, Düsseldorf, Köln, Heerlen, Maastricht) und dem geringen Potential an Studenten sicherlich chancenlos gewesen wären. Anders sieht es dabei hinsichtlich von Kooperationen mit bestehenden Einrichtungen aus, denen wir uns verstärkt widmen wollen. Ein schönes Beispiel ist hier der in diesem Jahr zwischen dem Berufskolleg

Erkelenz und der Fachhochschule Niederrhein geschlossene Kooperationsvertrag, der einen europaweit anerkannten Studiengang und Abschluss im Bereich der frühkindlichen Bildung ermöglicht. Solche Kooperationen sind eng an die tatsächlichen Bedürfnisse der Region angelehnt und sicherlich von einigem Wert.

An der diesbezüglichen Meinungsbildung hat auch der Kreistag teilgehabt, so wie er seinerzeit auch entschieden hat, eine von Land und Kreis finanziell geförderte schulpsychologische Beratung einzurichten. Die Beratungsstelle mit zwei qualifizierten Psychologinnen hat im Frühjahr ihre Arbeit aufgenommen. Wie richtig die Entscheidung war, zeigt die Tatsache, dass die Psychologinnen terminlich mehr als ausgelastet sind.

Dass letztlich auch im Bildungsbereich Abwägungsprozesse vorzunehmen sind, wird am Beispiel der schwierigen Entscheidungsfindung im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Verträge der Honorarkräfte in der Kreismusikschule oder auch an der zuletzt intensiv geführten Diskussion über eine Beteiligung des Kreises an der vom Land initiierten Schaffung eines regionalen Bildungsnetzwerkes deutlich. Alle Kreisbewohner dürfen sicher sein, dass die Förderung des Bildungsbereiches einer der Kernpunkte unserer Arbeit bleiben wird.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich noch einmal kurz auf das grenzüberschreitende Miteinander unseres Kreises zurückkommen. Rückblickend auf das Jahr 2008 verdienen neben den schon traditionell freundschaftlichen Begegnungen im Rahmen unserer Partnerschaft mit Midlothian und Komárom-Esztergom selbstverständlich auch die Euregionale-Projekte im Kreis Heinsberg Erwähnung. Stellvertretend sei hier der grenzüberschreitende Naturpark in Gangelt und Onderbanken genannt, der neben dem Freizeit- auch Naturschutz- und Bildungsaspekte sehr stark berücksichtigt.

Das in diesem Jahr in der Tevereiner Heide im Rahmen des Projektes „Heidenaturpark“ errichtete Informationssystem wurde durch niemand geringeren als den NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg eingeweiht, der sich anlässlich eines offiziellen Besuches des Kreises Heinsberg insgesamt sehr lobend über diese Region äußerte. Sie spüren anhand der vielen genannten Beispiele, wie sehr eigentlich Struktur- und Bildungspolitik, aber auch grenzüberschreitende Aufgabenstellungen miteinander verzahnt sind.

Dies führt zugleich zu einem anderen wichtigen Aspekt: In meinem Dezernat IV, in dem die Bereiche Jugend, Soziales und Senioren angesiedelt sind, wirken sich gesellschaftliche Entwicklungen und neue gesetzliche Rahmenbedingungen in erheblichem Maße auf die öffentliche Jugendhilfe aus. Der besondere Schutzauftrag der Jugendämter bei der Abwendung von Kindeswohlgefährdung erlangt vor dem Hintergrund zerfallender traditioneller Familienstrukturen steigende Bedeutung.

Immer häufiger erhalten überforderte Eltern unterstützende Hilfen des Jugendamtes, die einhergehen mit steigenden Kosten. Umso wichtiger erscheint es, präventiv tätig zu werden und ein bedarfsgerechtes Angebot der Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen vorzuhalten und auszubauen. Seit dem 1. August d. J. regelt das Kinderbildungsgesetz die Kriterien für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen. Die Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes bedeutet für die Jugendhilfeträger eine große Herausforderung. Um so erfreulicher ist es, dass die Umstellung auf die neuen gesetzlichen Vorgaben im Kreis Heinsberg dank der guten Zusammenarbeit des Jugendamtes mit den Tageseinrichtungen, den Trägern und den kreisangehörigen Kommunen ohne größere Probleme verlaufen ist. Aufgabe der Jugendhilfeplanung ist es nunmehr, Angebote bedarfsgerecht auszugestalten und für die Einrichtungsträger Planungssicherheit herzustellen.

Der Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren als wichtiger Kernpunkt des Kinderbildungsgesetzes muss bis zum Jahre 2013 erfolgen, um den Rechtsanspruch für Kinder im Alter von ein bis drei Jahren gewährleisten zu können. Hier sind wir auf einem guten Weg, denn das Ausbauprogramm wurde bereits vom Jugendhilfeausschuss beschlossen. Dies ist natürlich – auch das muss erwähnt werden – für den Kreishaushalt mit enormen Mehrausgaben verbunden, die jedoch gut investiert werden.

Kinder und Jugend gibt mir aber auch das Stichwort „demographische Entwicklung“. Deren Auswirkungen im Kreis Heinsberg beschäftigen auch andere Bereiche in der Kreisverwaltung. So ist beispielsweise ein Bestandteil der Handlungsempfehlungen unter dem Stichwort „Älterwerden im Kreis Heinsberg“ die kommunale Pflegeplanung. Diese beschäftigt sich nicht nur mit der ambulanten und stationären Versorgung der älter werdenden Bevölkerung, sondern nennt die Verzahnung von bürgerschaftlichem Engagement und das solidarische Zusammenwirken zwischen Jung und Alt als wesentliche Ziele.

Meine Damen und Herren,

hervorheben möchte ich auch noch die trotz eines immer enger werdenden Finanzrahmens nach wie vor beachtliche Investitionstätigkeit des Kreises. Ob Fahrradwege, Straßen, Verbesserungen an unseren kreiseigenen Schulen oder wie gerade aktuell der Umbau des Straßenverkehrsamtes – dieses Geld, das über Aufträge weitgehend der heimischen Wirtschaft zugute kommt, ist gut und nachhaltig angelegt. Wir dokumentieren damit als Kreistag und Kreisverwaltung Interesse für die kontinuierliche Weiterentwicklung des Kreises zugunsten der Kreisbewohner, was sich mit dem Begriff „Bürgerfreundlichkeit“ beschreiben lässt.

Vor diesem Hintergrund ist sicherlich der neue Internetauftritt des Kreises zu werten, der zu Beginn des kommenden Jahres „online“ gehen soll. Die gesetzlichen Vorgaben bezüglich Barrierefreiheit haben uns zu einer Überarbeitung des bisherigen Auftritts veranlasst. Mit der neuen, optisch sicherlich zeitgemäßen und bürgerfreundlichen Seite kommen wir vor allem auch den behinderten Menschen entgegen, für die das Internet eine der wichtigen Kontaktmöglichkeiten zur Außenwelt ist. Das Straßenverkehrsamt wurde bürger- und servicefreundlich umgestaltet und steht den Bürgern seit ein paar Tagen im neuen freundlichen Ambiente zur Verfügung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

was nehmen wir sonst noch mit ins neue Jahr? Mit Blick auf unseren Kämmerer fällt einem natürlich NKF ein. Mit Jahresbeginn 2009 wird die Kreisverwaltung alle Geschäftsvorfälle nach dem System der doppelten Buchführung bearbeiten. Wir werden damit Neuland betreten. Dazu wird angesichts der Haushaltseinbringung in der nächsten Kreistagssitzung am 29. Januar 2009 einiges zu sagen sein.

2009 wird aber ebenso ein Wahljahr sein: Europawahlen, Kommunalwahlen, Bundestagswahlen. Unabhängig von den Ergebnissen dieser Wahlen würde ich mir bei all diesen Wahlen eine gute Wahlbeteiligung wünschen. Denn die Wahlbeteiligung ist gerade bei der Kommunalwahl oft auch ausschlaggebend dafür, wie viele oder wie wenige Stimmen nötig sind, um bestimmten politischen Kräften den Einzug in die Parlamente zu ermöglichen. Kräften, die auch ein Nichtwähler vermutlich nicht in den Parlamenten sehen will.

Unsere Heimat, unsere Region, unser Kreis Heinsberg sollte es uns wert sein, von unserem demokratischen Grundrecht, wählen gehen zu dürfen, auch Gebrauch zu machen. Auch dies ist eine Möglichkeit, Interesse an der Heimatregion zu dokumentieren. Ein Interesse, das es wert ist, eine Heimat, die es wert ist. Denn wie hat der Philosoph Karl Jaspers so treffend gesagt: „Heimat ist dort, wo ich verstehe und wo ich verstanden werde.“ Ein guter Leitgedanke nicht nur für unser Handeln.

Meine Damen und Herren,

wie immer an dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, Kreistag und Kreisverwaltung für die gute und kompetente Arbeit im Jahr 2008 zu danken. Dieser Dank gilt Herrn Kreisdirektor Deckers, den Damen und Herren Dezernenten und Amtsleitern und vor allem den Bediensteten.

Ein weiterer Dank gilt den stellvertretenden Landräten, die in diesem Jahr repräsentative Aufgaben wahrgenommen haben, Herrn Paffen und Herrn Tholen. Bei Ihnen, den Damen und Herren Kreistagsabgeordneten, möchte ich mich für die engagierte und sachliche Mitarbeit bedanken. Ebenso danken möchte ich den Vertretern der örtlichen Medien, die die Arbeit des Kreistages in objektiver und angemessener Weise dargestellt haben und auf ihre Weise dafür sorgen, dass Interesse am Kreis in der Öffentlichkeit vorhanden ist.

Abschließend möchte ich Ihnen ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest und für das Jahr 2009 Glück, Gesundheit sowie viel Erfolg wünschen. Zudem darf ich Sie schon jetzt im Anschluss an diese Sitzung zu einem gemütlichen Beisammensein in die Kantine einladen, wo Speisen und Getränke auf uns warten. Die Damen und Herren der Presse sind selbstverständlich ebenfalls eingeladen.